

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Seite 2

**Wer Freiheit will,  
wählt SVP**



«Die SVP ist die  
einzige Partei, die  
das unsägliche  
Abkommen mit der  
EU entschieden  
ablehnt.»



## Weshalb das EU-Rahmenabkommen der Schweiz schadet

Seiten 4 - 9

Seiten 12 - 13



**Kantonswahlen**  
Zürich und Baselland  
wählen Ende März  
Regierung und Parlament.

Seite 3

**Umweltschutz**  
Die Demonstranten fordern eine  
Klima-Diktatur per Notrecht.

Seite 14



**Strafrecht**  
Die Kommission des  
Ständerates verschleppt die  
für die Sicherheit dringend  
nötige Gesetzesreform.

Seite 15



**Emanuel Waeber,  
neuer Generalsekretär:**

«Wir wollen am  
20. Oktober als  
eindeutiger  
Schweizermeister auf  
dem Podest stehen.»

Seite 16



**Delegiertenversammlung**  
Motiviert für  
die Schweiz eintreten

N°2

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



# Die SVP in den Schweizer Medien



## Wer Freiheit will, wählt SVP

Wenn Sie wählen müssten zwischen Freiheit oder InstA, würden Sie sich wohl schon gefühlsmässig für die Freiheit entscheiden, auch wenn Sie den Begriff InstA gar nicht kennen. InstA ist eine Abkürzung und steht für das «institutionelle Abkommen», wie der Bundesrat den vorgesehenen Rahmenvertrag mit der EU nennt. Er hat wohl intuitiv richtig die abstossende und unverständliche Namensgebung am Inhalt ausgerichtet. Dieser ist nämlich schlicht ungeniessbar. Oder würden Sie einen Vertrag abschliessen, bei dem die Gegenseite die Abmachungen jederzeit einseitig anpassen kann? Gleichzeitig würden Sie sich vertraglich dazu verpflichten, diese Anpassungen zu befolgen und, wenn sie es nicht tun, Strafmassnahmen über sich ergehen lassen.

Also angenommen, Sie schliessen einen Arbeitsvertrag ab und der Angestellte kann jederzeit seine Arbeitszeit selbst anpassen. Wenn Sie das nicht akzeptieren, dann müssen Sie ihm Ende Jahr einen Extrabonus bezahlen.

Sie mögen schmunzeln, aber genau dieser Mechanismus ist im InstA zwischen der Schweiz und der EU vorgesehen. Über die fünf wichtigen bilateralen Verträge zum Personen-, Land- und Luftverkehr, zur Landwirtschaft und zu den technischen Handelshemmnissen wird ein Rahmenvertrag gestülpt. Dieser besagt, dass wenn die EU das Recht in den genannten Bereichen anpasst, muss die Schweiz dieses automatisch übernehmen. Das kann dann bedeuten, dass der Freihandel für den Fleischmarkt eingeführt wird. Oder, dass die Schweiz auf einmal den Ausländern die gleichen Sozialleistungen bezahlen muss wie den Einheimischen – auch wenn die Zuwanderer keinen einzigen Tag hier gearbeitet und Steuern bezahlt haben. Dies sind nur zwei konkrete von unzähligen Problemen, die das InstA bringen würde. Sollte sich die Schweiz gegen solche Rechtsübernahmen wehren, dann wird sie von der EU bestraft und kann nichts dagegen tun, weil sie diese Bedingung mit der Zustimmung zum InstA ausdrücklich akzeptiert hat.

Deshalb: Wem die Freiheit wichtig ist, der muss sich ohne Wenn und Aber gegen das InstA entscheiden. Und am 20. Oktober an der Wahlurne für die SVP – denn wir sind die einzige Partei, die dieses unsägliche Abkommen klar ablehnt.

*Albert Rösti*

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz



### Pfadi-Frau wirbt für die SVP und wird angefeindet

Eine Pfadileiterin ist eines der Gesichter einer neuen SVP-Kampagne. Nun wird sie attackiert, die Partei spricht von «linker Hetze».



Der SVP-Fraktionschef gewährt seltene Einblicke ins Funktionieren der grössten politischen Kraft im Land.



### Die SVP setzt möglicherweise auf zwei Pferde

Die Partei überlegt sich, umweltpolitisch als auch Alfred Bieri für die Wahl in den Ständerat zu nominieren.

**Ständerat**

Die SVP könnte mit einem Blick in den Wahlkreis sagen, dass Bieri ein guter Kandidat wäre. Er ist ein erfahrener Politiker und hat sich in der Vergangenheit für die Umwelt eingesetzt. Die SVP überlegt sich, ob er ein guter Kandidat für den Ständerat wäre.

**Umweltpolitik**

Die SVP könnte mit einem Blick in den Wahlkreis sagen, dass Bieri ein guter Kandidat wäre. Er ist ein erfahrener Politiker und hat sich in der Vergangenheit für die Umwelt eingesetzt. Die SVP überlegt sich, ob er ein guter Kandidat für den Ständerat wäre.

**Alfred Bieri**

Alfred Bieri ist ein erfahrener Politiker und hat sich in der Vergangenheit für die Umwelt eingesetzt. Die SVP überlegt sich, ob er ein guter Kandidat für den Ständerat wäre.

# Anstifter zur Klima-Diktatur

**Kürzlich kamen in der Schweiz sogenannte «Klimastreiks» auf. Politische Kundgebungen von instrumentalisierten Minderjährigen, die sich gegen unsere Errungenschaften richten. Sie fordern eine Klima-Diktatur per Notrecht. Inszeniert und beklatscht wird die demokratie-feindliche Haltung von PR-Strategen, Medien, Lehrern, Lobbyisten und neuerdings von wankelmütigen FDP-Politikern.**

In den vergangenen Wochen gab es in den Städten unseres Landes «Klimastreiks». Das sind politische Aktivitäten von Minderjährigen und ihren Anstiftern, welche die Inszenierung von Greta Thunberg nachahmen. Das 16-jährige schwedische Klima-Girl wird als Bürgerin ihres Landes wohl nie über ein Sachthema abstimmen können. Nicht so die streikenden Schweizer Schüler, welche die Vorzüge unserer Demokratie gegenüber ausländischen Systemen offenbar noch nicht kennen.

## Demokratie aushebeln

Bezeichnend ist daher ihre zentrale Forderung, die Ausrufung des «Klimanotstandes». Mit Notrecht wollen sie politischen Gegnern die Mitsprache verweigern. Nicht mehr die besseren Argumente sollten sich durchsetzen, sondern eine ideologisch verblendete Politik. Die extremen Forderungen bergen gewaltiges Konfliktpotenzial: Sie würden Dienstleistungen und Produkte für die Wirtschaft, das Gewerbe und letztlich für die Bürgerinnen und Bürger massiv verteuern. Ein Münsterchen dieser Selbstquälerei konnte dank der SVP kürzlich im Nationalrat verhindert werden. Mitte-Links wollte eine Benzinpreiserhöhung von bis zu 20 Rappen pro Liter und eine Verdoppelung der Heizölsteuer erwirken. Die Zeche hätte einmal mehr der Mittelstand bezahlen müssen.

Deutlich radikaler sind die Forderungen der Streikenden, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz bis 2030 auf null senken wollen. Dies führte dazu, dass Logistik und Mobilität zum Erliegen kämen. Selbst E-Fahrzeuge, deren Herstellung Umweltschäden verursachen und mitunter dreckigen Importstrom benötigen,



**Die Forderungen der Demonstranten bergen Konfliktpotenzial.**

müssten eingeschränkt werden. Gleiches gilt für Computer, Handys, TV-Geräte, Kleider, Kosmetikartikel, Fleisch, Käse und viele andere Produkte, weil ihre Herstellung CO<sub>2</sub> freisetzt oder Umweltschäden verursacht. Folglich würden hunderttausende Angestellte ihre Arbeit verlieren. Es käme zu sozialen Unruhen, Plünderungen und Chaos.

« **Mitte-Links wollte eine Benzinpreiserhöhung von bis zu 20 Rappen pro Liter und eine Verdoppelung der Heizölsteuer erwirken.** »

## Anstifter und Profiteure

Die Streikenden merken nicht, dass sie gegen sich selbst und den von ihren Eltern und Grosseltern erarbeiteten Wohlstand demonstrieren, von dem sie täglich profitieren. Sie verkennen, dass Umweltschutz immer dann erfolgreich ist, wenn bahnbrechende Erfindungen

Menschen zur Investition in saubere Technologien locken. Die vielen Beispiele, die unser Land im Umweltschutz zur Musterschülerin machen, entspringen keineswegs einer Umverteilungs- und Verbots politik aus Bundesbern, sondern eigenverantwortlichem und innovativem Handeln unserer Bürger.

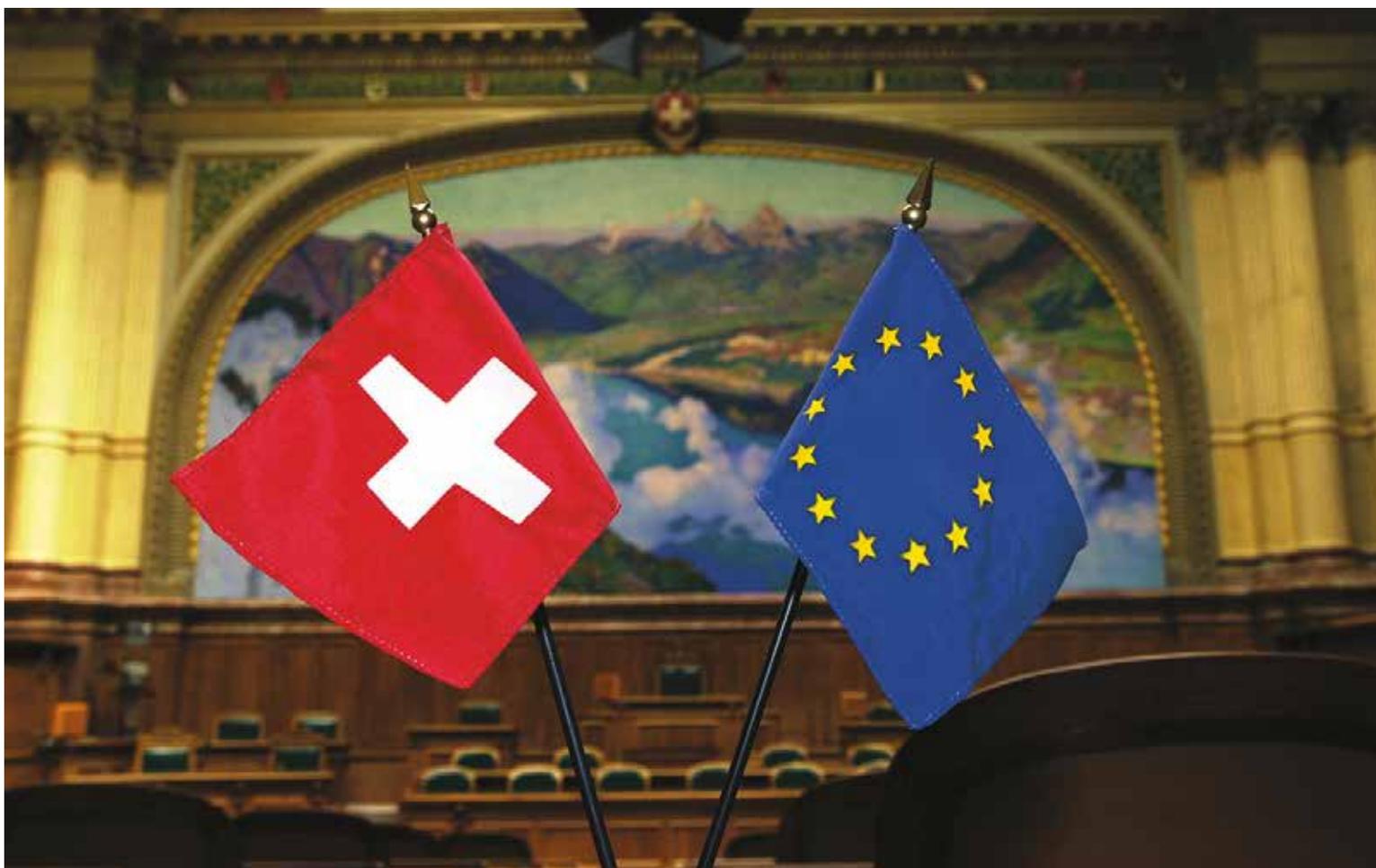
Wirklich kluge Köpfe setzen ihre Energie dafür ein, Technologien zu entwickeln, die Produkte und deren Herstellung effizienter machen. Doch kann man es den Schülern nicht übel nehmen: Naivität und Ungeduld waren schon immer ein Privileg der Jugend. Der Vorwurf gilt vielmehr der Panikmache der Anstifter, den PR-Strategen, Medien, Lehrern, Lobbyisten und Politikern, die aus der Jugend politisches Kapital schlagen wollen.

von Nationalrat  
Christian Imark,  
Fehren (SO)



## 4 EU-Rahmenvertrag

---



Experten warnen zum Teil eindringlich vor dem institutionellen Abkommen mit der EU.

# Nein zum Unterwerfungsvertrag

Vor mehr als fünf Jahren, am 23. Oktober 2013, wurde das Komitee «Gegen den schleichenden EU-Beitritt» mit alt Bundesrat Christoph Blocher als Präsident gegründet. Dies mit dem Zweck «das Zustandekommen eines "Rahmenvertrags" zwischen Bern und Brüssel zu verhindern, in welchem die "institutionelle Einbindung" der Schweiz in den EU-Apparat festgeschrieben werden soll.»

Seit der Bundesrat den Text des institutionellen Rahmenabkommens (InstA) mit der EU veröffentlichte, wird seine Strategie, die rechtliche Integration der Schweiz in die EU und damit der schleichende EU-Beitritt, immer offensichtlicher. So sagt der Schweizer Verhandlungsführer Roberto Balzaretto offen, beim InstA handle es sich um ein «Integrationsabkommen» in den EU-Rechtsrahmen. Also um das, wovon die SVP seit Jahren warnt: Ein Vertrag, mit dem sich die Schweiz in wichtigen Bereichen wie der Zuwanderung, dem Zugang zu den Sozialversicherungen und dem Verkehr einseitig EU-

Recht unterwerfen und sich zudem zu jährlichen Tributzahlungen in Millionenhöhe verpflichten würde.

### Schockierende Gutachten

Die Expertengutachten zum InstA sind schockierend. So warnt die auf Wirtschaftsrecht spezialisierte Kanzlei Prager Dreifuss vor dem Durchgriff der EU auf unser Wirtschaftsrecht durch Anwendung der EU-Beihilferegeln auf Bundes- und Kantonsebene. Davon betroffen wäre insbesondere das Schweizer Steuerrecht, da die «EU-Kommission ihre Beihilfenvorschriften seit jeher auf steuerliche Massnahmen anwendet». Die kantonale Steuer-

souveränität würde mit dem InstA begraben und neu hätte die EU die Hoheit über unser Steuerrecht.

Professor Michael Ambühl, Staatssekretär a.D., warnt in seinem Gutachten vor der Super-Guillotine und schreibt, dass «der Automatismus der Kündigungen der betroffenen fünf Abkommen der Bilateralen I im Falle einer Nicht-Einigung, wie in Artikel 22 (2) InstA beschrieben, beseitigt werden» müsse.

In seinem durch Tamedia publizierten Gutachten warnt Professor Carl Baudenbacher, Präsident des EFTA-Gerichtshofs a.D., eindringlich vor

dem Schein-Schiedsgericht, welches «mit einem Schiedsgericht im landläufigen Sinn nichts gemeinsam» habe. So seien «kaum Fälle vorstellbar, in denen das Schiedsgericht unabhängig, das heisst ohne Einschaltung des EuGH, entscheiden kann». Und weiter: Jede Ver-

«**Beim vom Bundesrat ausgehandelten Abkommen handelt es sich um das, wovor die SVP seit Jahren warnt.**»

tragspartei, die EU und die Schweiz, könne ein Schiedsgerichtsverfahren einleiten, ohne dass es dazu der Zustimmung der anderen Vertragspartei bedürfe. «Die Kommission, die supranationale Überwachungsbehörde der EU, wird damit zur faktischen Überwachungsbehörde der Schweiz. Da dem Schiedsgericht in praktisch allen Fällen kein Ermessen zukommt, kann die Kommission damit den eigenen Gerichtshof anrufen.» Sein Fazit: Wenn das Schiedsgericht von der EU angefragt werde den EuGH anzurufen, komme ihm in praktisch allen Fällen kein Ermessen zu. «Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem bei aller



**Hoffentlich steht der Bundesrat für die Schweizer Interessen ein.**

Qualität und ungeachtet seiner historischen Leistung die Unparteilichkeit fehlt.»

### **Der Bundesrat muss Nein sagen**

Die SVP fordert den Bundesrat auf, das InstA nach der Konsultation abzulehnen, weil die zwingende EU-Rechtsübernahme mit einer direkten Demokratie und einem freiheitlichen und neutralen Land wie der Schweiz nicht vereinbar ist. Ich hoffe, dass der Bundesrat für die Schweizer Interessen einsteht und

diesen Mut aufbringt. Wenn nicht, wird die SVP den Kampf gegen fremdes Recht und fremde Richter mit der Unterstützung des Schweizer Volkes führen.

*von Thomas Aeschi,  
Nationalrat und  
Fraktionspräsident,  
Baar (ZG)*



## INSERAT

GOAL GLOSSAR

**Agitation**

### **Agitation**

<lat.> agitare – «betreiben»,  
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

# Ein Rahmenabkommen, um die Schweiz der EU zu unterwerfen

Eine Zustimmung zum Rahmenabkommen mit der Europäischen Union bedeutet das Todesurteil der direkten Demokratie und der Unabhängigkeit der Schweiz. Dies zu sagen ist nicht übertrieben. Sollte ein souveränes und unabhängiges Land wie das unsrige beschliessen, dynamisch – was in Tat und Wahrheit automatisch bedeutet – internationales Recht zu übernehmen, würde es de facto auf seine Selbstbestimmung verzichten. Das widerspricht den Prinzipien der Schweiz, wo das Volk als Souverän dazu aufgerufen wird, über die verschiedensten Dinge des täglichen Lebens zu bestimmen.



**Mit dem Rahmenabkommen könnten kriminelle EU-Ausländer nicht mehr ausgewiesen werden.**

Mit dem Rahmenabkommen könnte die Schweiz keine dem internationalen Recht widersprechenden Gesetze mehr erlassen und müsste sich, schlimmer noch, den von Brüssel beschlossenen Gesetzesänderungen unterwerfen, ohne selber mitbestimmen zu können. Das hätte schlimme Folgen, insbesondere für das Einwanderungsproblem, denn es wäre zum Beispiel nicht mehr möglich, die kriminellen Ausländer auszuweisen und auf dem Arbeitsmarkt einen Inländervorrang zu statuieren. Damit würden wir quasi den Dieben unsere Haustüren öffnen, uns ausrauben lassen und könnten dabei nur tatenlos zusehen.

### **Grenzkantone würden leiden - zum Beispiel das Tessin**

Darunter zu leiden hätten vor allem Grenzkantone wie das Tessin, wel-

ches seit Jahren unter den Folgen der Personenfreizügigkeit leidet. Die Anzahl Grenzgänger ist innert zehn Jahren von 30'000 auf 65'000 gestiegen und zusammen mit den ausländischen Arbeitskräften wurde die Anzahl der schweizerischen Arbeitskräften nunmehr übertroffen (50,2 Prozent Ende 2018). Die Zahl der arbeitslosen Tessiner nimmt ständig zu, es wird immer schwieriger, den Jungen im Kanton eine Zukunftsperspektive zu bieten.

### **Das Abkommen würde die Rahmenbedingungen verschlechtern**

Die Sozialkosten sind infolge des freien Personenverkehrs explodiert. Der in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommende wirtschaftliche und soziale Schaden kann nicht einmal mehr abgeschätzt werden. Der Jugendliche ohne Arbeit kann sich nicht selber über Wasser hal-

ten, wird nur schwerlich eine Familie gründen können und er wird sich mangels beruflicher Vorsorge keine Altersvorsorge sichern können. Dafür wird einmal mehr der Staat mit Steuergeldern einspringen müssen. Die Unterzeichnung des institutionellen Abkommens würde die Rahmenbedingungen weiter verschlechtern, denn damit fallen auch die wenigen Schutzmechanismen für die Tessiner Arbeitskräfte weg und die sozialen Schäden verschlimmerten sich weiter.

### **Wir müssen gegen jegliche Unterwerfungsversuche kämpfen**

Liebe Schweizerinnen und Schweizer, wir dürfen uns nicht blenden lassen von jenen, welche diese Angleichung der Schweiz an Europa stets als Chance deklariert haben. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Ebenso wie die Behauptung, dass wir im Falle der Nichtunterzeichnung des Rahmenvertrags grosse Schwierigkeiten in unseren Beziehungen zur Europäischen Union hätten. Die Schweiz soll ein souveränes und unabhängiges Land bleiben. Deshalb müssen wir gegen jegliche Unterwerfungsversuche kämpfen, die einst durch Gewaltanwendung und Kriege erfolgten und heute mittels halsabschneiderischer Abkommen getätigt werden.

von Piero Marchesi,  
Präsident  
SVP Tessin



# Der EU-Rahmenvertrag stellt alles auf den Kopf!

**Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU passt uns nicht. Es ist alles andere als «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, welches uns Schweizern übergestülpt und aufgezwungen wird!**

**D**as institutionelle Abkommen zwingt uns in europäische Regelungen, welche aus verschiedenen Gründen nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen.

**Erster Grund:** Mit dem Abkommen sind wir fremden Richtern unterstellt. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen. Der europäische Gerichtshof entscheidet.

**Zweiter Grund:** Wir müssen zukünftiges EU-Recht übernehmen – das nennt die EU «Harmonisierung». Wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft und sogar der Zollfreihandelsvertrag mit der EU kann ausgesetzt werden. Es geht dann bei jeder Abstimmung um «alles oder nichts».

**Dritter Grund:** Wir übernehmen europäisches Arbeitsrecht. Die langjährige Sozialpartnerschaft in der Schweiz wird ersetzt. Der europäische Gerichtshof bestimmt, was gilt. Die Folgen für die reiche Schweiz sind mehr Zuwanderung, Lohndruck, nicht mehr finanzierbare Sozialleistungen.

**Vierter Grund:** Kantone und Gemeinden dürfen sich nicht mehr wirtschaftlich engagieren, ohne Genehmigung der EU. Die «staatlichen Beihilfen» greifen direkt unsere Steuern an! Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen oder regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind nicht mehr möglich. Die deutlich höheren Mehrwertsteuern der EU müssen übernommen werden.



**Das Rahmenabkommen würde dazu führen, dass wir unser heutiges Schweizer Aus- und Weiterbildungssystem aufgeben müssten.**

**Fünfter Grund:** Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalkassen, Spitäler!

**Sechster Grund:** Unser heutiges Schweizer Aus- und Weiterbildungssystem müsste aufgegeben werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und staatlichen Stellen in der Aus- und Weiterbildung, bei Beschäftigungs- und Integrationsprogrammen wäre vorbei. Aber auch kulturelle und sportliche Organisationen wie Museen, Theater und Sportvereine könnten nicht mehr wie heute betrieben werden.

**Siebter Grund:** Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden, die neu verbindlich im Vertrag festgelegt sind.

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Diese Zwängerei lassen wir uns nicht bieten! Der Rahmenvertrag stellt unseren ganzen Erfolg auf den Kopf. Er greift unsere Selbstbestimmung, unsere direkte Demokratie, unsere Steuerpolitik, unseren Arbeitsmarkt, unseren Föderalismus, unser Ausbildungssystem und unsere Finanzen direkt an. Das wollen wir nicht! Deshalb muss der Bundesrat den Vertrag entschieden zurückweisen und der EU klipp und klar erklären, dass das alles für uns nie und nimmer in Frage kommt! Wir werfen doch nicht unsere bewährten Systeme und unseren Wohlstand einfach über Bord!

*von Nationalrätin  
Magdalena Martullo,  
Lenzerheide (GR)*



## 8 EU-Rahmenvertrag

# Was bringt uns das Insti

Stets heisst es, die Schweiz brauche das Institutionelle Abkommen (InstA) – so heisst das Rahmenabkommen mit der EU neu. Doch stimmt das wirklich? Und welchen Preis zahlen wir dafür, respektive welches sind die negativen Konsequenzen des vorliegenden Vertrages? Alt Bundesrat Christoph Blocher hat in seiner diesjährigen Albisgütli-Rede erklärt, was uns das Institutionelle Abkommen bringt – und wichtiger, was es uns nimmt. Hier seine wichtigsten Punkte:

**1** Die EU erlässt Gesetze, welche die Schweiz zu übernehmen hat. Volk und Parlament werden als Gesetzgeber entmachtet. Es ist ein klassischer Unterwerfungsvertrag – ein Kolonialvertrag!

**2** Die Schweiz anerkennt den EU-Gerichtshof – also fremde Richter. Der EU-Gerichtshof hat zwei Aufträge:

Erstens: Er ist höchstes Organ der Rechtsprechung in der EU, d.h. er entscheidet, was Recht ist. Zweitens: Er hat die Aufgabe, den Vorrang von EU-Recht über alles nationale Recht in Europa verbindlich durchzusetzen. Seine Richter können gar nicht anders, als die Interessen der EU zu vertreten. Man will uns die fremde Gerichtsbarkeit schmackhaft machen und verweist auf ein Schiedsgericht. Dieses Schiedsgericht ist jedoch zwingend an die Vorgaben des EU-Gerichtshofes gebunden. Für alles, was EU-Recht betrifft, und das dürfte bei der Übernahme des EU-Rechts fast alles sein, muss der EU-Gerichtshof angerufen werden. Sein Entscheid ist bindend und damit vom Schiedsgericht zwingend und lückenlos zu übernehmen.

**3** Mit dem InstA wird der bilaterale Weg beendet. Beim bilateralen, d.h. zweiseitigen, Vertrag stehen sich zwei gleichberechtigte Parteien gegenüber. Mit dem InstA verpflichtet sich die Schweiz aber, die von der EU erlassenen Gesetze, beispielsweise bei der Personenfreizügigkeit, bei den technischen Handelshemm-

nissen oder in der Landwirtschaft zu übernehmen.

**4** Wenn sich die Schweiz widersetzt, hat die EU das Recht, Sanktionen auszusprechen; sie nennt dies Ausgleichsmassnahmen. Die Schweizer sind nicht mehr frei, selber zu bestimmen.

**5** Die Schweiz hat nicht nur die bisherigen lästigen Guillotineklauseln zu ertragen, die uns keine Änderungen eines Vertrages erlauben, ohne dass alle anderen Verträge dahinfallen, sondern auch noch eine zusätzliche Guillotineklausel für das InstA selber. Hinzu kommen weitere Guillotineklauseln für alle neuen Verträge mit der EU.

**6** Weitere Abkommen sollen ebenfalls unter das InstA fallen, so das zentrale Freihandelsabkommen von 1972. Verhandlungen darüber wurden bereits in einer Absichtserklärung vereinbart. Was binnenmarktrelevant ist, entscheidet die EU. Dann wird die Büchse der Pandora geöffnet. Zum Beispiel ist dann eine Harmonisierung der Steuern eine sichere Folge

**7** Was heisst das für den Alltag konkret?

> Die Schweiz würde die Lohnschutzmassnahmen nicht mehr selber bestimmen; die EU bestimmt. Das haben die Gewerkschaften bei den flankierenden Massnahmen erst jetzt gemerkt. Wer sich an die EU kettet oder, wie es im SP-Parteiprogramm steht, der EU beitreten will, der muss die EU-Gesetze ohne

Ausnahme übernehmen. Dann ist Schluss mit der Selbstbestimmung!

> Das Schweizer Lohnniveau ist nicht mehr zu halten. Es wird sinken.

> Die Masseneinwanderung nimmt zu. Das Schweizervolk hat zwar beschlossen, dass es die Personenfreizügigkeit nicht mehr will, aber die EU will mehr, nicht weniger Personenfreizügigkeit.

> Die Folgen sind noch mehr Ausländer, Bevölkerungsdichte, Bodenmangel, überfüllte Strassen, verstopfte Züge etc.

> Die Schweiz muss horrend Beiträge für Sozialkosten bezahlen, wie sie in der Unionsbürgerrechtsrichtlinie vorgesehen sind.



# tutionelle Abkommen?

> Die Schweiz muss auf Geheiss der EU allen EU-Bürgern im Land das Stimm- und Wahlrecht geben. Für das Gemeindestimmrecht ist dies bereits vorgesehen. (Meine Damen und Herren, ich habe die Rumänen ja gerne, aber ich weiss nicht, ob Sie unbedingt einen rumänischen Gemeindepräsidenten wollen...)

> Die Ausschaffung krimineller EU-Ausländer wird durch das InstA unterbunden. Das heisst: noch mehr Kriminalität in der Schweiz.

> Die Gleichstellung in allen Belangen für die Schweizer und EU-Ausländer in der Schweiz ist das Ziel der EU – und das wird mit dem InstA unvermeidlich. Damit werden die Schweizer auch in rein schweizerischen Belangen immer weniger zu sagen haben.

> Die Abschaffung der heutigen Form der Kantonalbanken und Gebäudeversicherungen auf Geheiss der EU ist gewiss, denn

in der EU gelten diese als verbotene Formen der Wirtschaftsförderung.

> Die Gleichstellung aller Grenzgänger mit den Schweizern, insbesondere für die Sozialleistungen, bringt Mehrkosten von hunderten Millionen Franken.

> Die Normenvereinheitlichung sowie Landwirtschaftliche Import- und Exportregelungen ohne Mitentscheidung der Schweiz sind weitere Folgen.

> Die Schweiz hat durch Unterzeichnung des InstA regelmässige Kohäsionszahlungen zu leisten. Der Bundesrat hat bereits die zweite Tranche von 1,3 Milliarden für die nächsten zehn Jahre beschlossen.

> In der EU wird ein Verbot des Bargeldes angestrebt. Was passiert dann in der Schweiz?

8 Die EU kann die EU-Richtlinien über den europäischen Berufsausweis für die Schweiz

verlangen. Damit wird das sehr erfolgreiche schweizerische Bildungssystem unterhöhlt. Das Bildungsniveau der Schweiz sinkt.

9 Nach Abschluss des InstA wird es unmöglich, Regelungen, die den schweizerischen Besonderheiten gerecht werden, zu erlassen. Ebenso können Überregulierungen kaum mehr eigenständig bekämpft werden.

10 Kurzum: Wir kaufen mit dem InstA die Katze im Sack. Denn wir wissen heute nicht, was künftig alles zu übernehmen ist. Wir wissen ja nicht einmal, wohin sich die EU entwickelt. Aber eines ist ganz sicher: Die EU wird ihre Interessen vertreten – nicht die unsrigen!

Als lebenslanger Exportindustrieller sage ich Ihnen: Das InstA ist für Betriebe, die in der Schweiz produzieren, wettbewerbsschädlich, arbeitsplatzfeindlich, schmälert unseren Standortvorteil, gefährdet den sozialen Frieden, die Arbeitsplätze und das Lohnniveau. Und es bedeutet das Ende der bilateralen Verträge, die durch das EU-Diktat ersetzt werden.



« Als lebenslanger Exportindustrieller sage ich Ihnen: Das InstA ist für Betriebe, die in der Schweiz produzieren, wettbewerbsschädlich, arbeitsplatzfeindlich, schmälert unseren Standortvorteil, gefährdet den sozialen Frieden, die Arbeitsplätze und das Lohnniveau. Und es bedeutet das Ende der bilateralen Verträge, die durch das EU-Diktat ersetzt werden. »

Alt Bundesrat Christoph Blocher

DER NEUE JAGUAR I-PACE

BEAUTIFUL FAST CARS.



### 100 % ELEKTRIFIZIERT

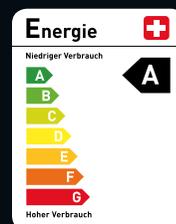
Auf leisen Pfoten erobert der neue I-PACE sein Revier. Als erster vollelektrischer Performance-SUV tut er dies souverän, elegant und ganz ohne Treibstoffemissionen. Spuren hinterlässt er lieber in Form begehrtlicher Blicke. Kein Wunder, wurde der I-PACE zum Schweizer Auto des Jahres 2019 gekürt.

Erleben Sie ihn jetzt auf einer Probefahrt bei Ihrem JAGUAR Fachmann.

[jaguar.ch](http://jaguar.ch)

### THE ART OF PERFORMANCE

I-PACE EV400, AWD, 400 PS (294 kW), Verbrauch (WLTP) 21.2 kWh/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen 0 g/km, Benzinäquivalent 2.3 l/100 km, 29 g CO<sub>2</sub>/km aus der Strombereitstellung, Durchschnitt aller erstmals immatrikulierten Personenkraftwagen: 137 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienz-Kategorie: A.





Ihr Drucker- und IT-Spezialist mit Brother, HP, Kyocera, Lexmark, Ricoh. Für Ihr ideales Angebot: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

Wählen Sie solange Vorrat  
**Für Fr. 99.00 inkl. Gratis-MPS**  
 (verlangen Sie Infos unter 041 799 50 00)

**A4 Mono-Drucker**  
 Brother HL-L5100DN



**A4 Farb-Drucker**  
 Brother HL-L8250CDN



**A3-Multifunktion**  
 Brother MFC-L5930  
 (A4 kopieren/scannen)



**A3-Farb-Multifunktion**  
 Brother MFC-J6720DW  
 (A3 kopieren/scannen)



**Mit Gratis-MPS haben Sie**  
 - volle 5 Jahre VorOrt-Garantie  
 - fixe Kosten pro Seite farbig < 15 Rp., mono < 2,5 Rp.  
 - hohe Ersparnis Verbrauchsmaterial  
 - vollautomatisierte Lieferung Toner, Trommeln usw. (ohne Bestellen!)  
 - keine weiteren Kosten, alles inbegriffen  
 - keine Minimal-Verpflichtungen

MPS für Vieldrucker ab 1,28 mono und 7,986 Rp. farbig  
 Gilt nur für Firmen, Vorbehalt Genehmigung durch Brother. (exkl. MwSt.)

**Auf Wunsch mit professioneller Netzwerk-Installation**

**GINA – Globalisierung Ist Nicht Alles**

Wir bringen Ihnen Kunden

**Garantiert und kostenlos.**

wenn Sie selbst Schweizer Lieferanten bevorzugen!

**SISUG Solidarität in SVP und Gewerbe**

Wie das funktioniert, erfahren Sie im Merkblatt

OCotex AG | Schöngrund 33 | 6343 Rotkreuz | Tel: 041 799 50 00 | E-Mail: info@ocotex.ch

**ÜBERSETZEN,  
 LEKTORIEREN, REDIGIEREN**

**AAREPTAN**

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen  
 056 622 33 44, [www.aareptan.ch](http://www.aareptan.ch)  
[aareptan@gmail.com](mailto:aareptan@gmail.com)

**INSERIEREN SIE IM  
 SVP-KLARTEXT**

**Mehr als 60'000 Leser in der  
 Deutschschweiz und in der  
 Romandie. Informationen  
 erhalten Sie per E-Mail an  
[klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)**

**VORTEIL  
 KIA  
 SEIT  
 25  
 JAHREN +**

**Typisch Kia. Typisch Schweiz.**

# Bodenständig

Egal, wie das Leben spielt: Schweizer bringt kaum etwas aus dem Takt, sie bleiben «auf dem Boden» – eine Eigenschaft, die seit 25 Jahren Kia in der Schweiz prägt. Ob im Gelände oder in der Stadt – exzellente «Bodenhaftung» zeigt auch der **Kia Sportage «Power 25» 4x4**. Bodenständig und fortschrittlich:

- 4x4 • Modelljahr 19/Euro 6d Temp • 7"-Navigationssystem mit Rückfahrkamera/DAB+ • Spurhalteassistent, Müdigkeits-erkennung • Android Auto™ und Apple CarPlay™
- Sitzheizung v/h und vieles mehr



Kia Sportage 4x4  
 ab CHF **30'900.-**  
**Kundenvorteil**  
 CHF 3'050.-\*

Mehr Auto fürs Geld  
[www.kia.ch](http://www.kia.ch)



The Power to Surprise

**Kia-Jubiläumsmodelle**



Kia Picanto  
 ab CHF **15'300.-**  
**Kundenvorteil**  
 CHF 1'150.-\*



Kia Ceed  
 ab CHF **24'600.-**  
**Kundenvorteil**  
 CHF 3'350.-\*



Kia Niro Hybrid  
 ab CHF **30'950.-**  
**Kundenvorteil**  
 CHF 2'400.-\*



Abgebildete Modelle: Kia Sportage Power 25 1.6 T-GDi 4x4 man. CHF 30'900.- und Metallic-Lackierung CHF 750.-, 7,9 l/100 km, 180 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienzkat. G, CO<sub>2</sub>-ETS 42 g/km; Kia Picanto Power 25 1.2 CVT man. CHF 15'300.- und Metallic-Lackierung CHF 550.-, 5,1 l/100 km, 116 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienzkat. F, CO<sub>2</sub>-ETS 27 g/km; Kia Ceed Power 25 1.0 T-GDi man. CHF 24'600.- und Metallic-Lackierung CHF 650.-, 5,4 l/100 km, 122 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienzkat. E, CO<sub>2</sub>-ETS 28 g/km; Kia Ceed SW Power 25 1.0 T-GDi man. CHF 25'900.- und Metallic-Lackierung CHF 650.-, 5,2 l/100 km, 126 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienzkat. E, CO<sub>2</sub>-ETS 28 g/km; Kia Niro Hybrid Power 25 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) CHF 30'950.- und Metallic-Lackierung CHF 650.-, 4,2 l/100 km, 97 g CO<sub>2</sub>/km, Energieeffizienzkat. A, CO<sub>2</sub>-ETS 22 g/km. Alle abgebildeten Modelle: Emissionsklasse Euro 6d Temp. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 137 g CO<sub>2</sub>/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). CO<sub>2</sub>-ETS = CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung. Fahrweise, Strassen- und Verkehrsverhältnisse, Umwelteinflüsse und Fahrzeugzustand können Verbrauchs- und CO<sub>2</sub>-Emissionswerte beeinflussen. Die angegebenen Verbrauchs- und CO<sub>2</sub>-Emissionswerte wurden nach dem WLTP-Messverfahren auf dem Prüfstand ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet.  
 \*Gegenüber Version Trend.  
 Kia Motors AG, 5745 Saefenwil, 062 788 88 99



## Damit es Zürich auch in Zukunft gut geht!

Am 24. März finden im Kanton Zürich die Gesamterneuerungswahlen für den Kantonsrat und den Regierungsrat statt. Die Wahlen sind richtungsweisend, denn es ist die Politik der SVP, die Zürich zur Wirtschaftslokomotive der Schweiz gemacht hat.



Wahlauftakt der SVP-Kandidierenden vor dem Zürcher Rathaus.

**D**er Kanton Zürich umfasst 4 Prozent der Fläche sowie 18 Prozent der Bevölkerung der Schweiz. Er erwirtschaftet jedoch 22 Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes und zahlt 33 Prozent der kantonalen Beiträge für den nationalen Finanzausgleich. Hinter diesen Zahlen steht die Politik der SVP. Die SVP ist seit vielen Jahren die stärkste Partei im Kanton Zürich. Sie stellt die grösste Fraktion im Kantonsrat sowie gute Regierungsräte. So gelingt es der SVP immer wieder, das Beste für die Bevölkerung herauszuholen und Schaden vom Kanton abzuwenden.

### Für die Bürgerinnen und Bürger

Dank der Politik der SVP konnten in der vergangenen Legislatur entscheidende Fortschritte in den Bereichen Finanzen, Infrastruktur und soziale Sicherheit erzielt werden. Mit einer umsichtigen Finanzpolitik wurde die Staatsverschuldung gesenkt. Ab 2020 hat der Regierungsrat nun eine Steuerensenkung zugesagt. Die SVP hat ihre Anti-Stau-Initiative an der Urne gewonnen, womit die Kapazität von Strassen nicht mehr zurückgebaut

werden darf. Aufgrund eines SVP-Vorstosses wurden die Abgaben für Veteranenfahrzeuge gesenkt.

Mit verschiedenen Vorstössen setzt sich die SVP für eine bessere Integration von Stellensuchenden ein, die über 50 Jahre alt sind und wegen der Masseneinwanderung aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden. Mit dem Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz hat die SVP dafür gesorgt, dass über 100 Millionen Franken künftig nicht mehr zweckentfremdet, sondern gezielt für jene Bürger eingesetzt werden, die Unterstützung benötigen. Mit diversen Vorstössen hat die SVP bewirkt, dass die SKOS-Richtlinien revidiert wurden und Sozialhilfemissbrauch heute wirkungsvoller bekämpft werden kann.

### Erfolgreiche Politik weiterführen

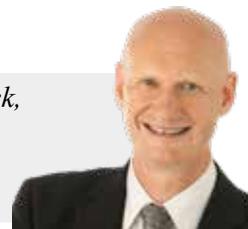
In der kommenden Legislatur setzt sich die SVP dafür ein, dass Krankenkassenprämien von den Steuern abgezogen werden können, damit dem Mittelstand mehr Geld zum Leben bleibt. Unsere Senioren sollen

ein sicheres Leben führen können. Deshalb will die SVP, dass das AHV-Einkommen steuerfrei wird. Auch unseren Jungen ist im Rentenalter ein sicheres Auskommen zu garantieren. Hierfür müssen die Milliardenentnahmen der Nationalbank aus den Negativzinsen in die AHV fliessen. Immer mehr Frauen werden im Ausgang belästigt oder angegriffen. Deswegen wird die SVP fordern, dass mehr Polizisten an bekannten Brennpunkten eingesetzt und Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte härter bestraft werden. Unser Sozialwesen leidet zunehmend darunter, dass Asylanten und EU-Sozialtrickser das System ausnutzen. Die SVP fordert deshalb, dass die Sozialhilfe an Steuerjahre gekoppelt wird: Nur wer in unserem Land einige Jahre gearbeitet und Steuern bezahlt hat, erhält auch das Anrecht auf Unterstützung.

### An die Urnen!

Damit diese Politik weitergeführt werden kann, muss die SVP des Kantons Zürich am 24. März die Wahlen erneut gewinnen. Wählen Sie für den Kantonsrat die Liste 1 und für den Regierungsrat Ernst Stocker und Natalie Rickli.

von Roland Scheck,  
Kantonsrat und  
Sekretär der SVP  
Kanton Zürich



### IMPRESSUM

# Ende März 2019 wählt das Baselbiet Regierungsrat und Landrat

Die SVP Baselland kann gemeinsam mit den bürgerlichen Partnern auf eine erfolgreiche letzte Legislatur zurückblicken. Nun gilt es bei den kantonalen Wahlen Ende März die bürgerliche Mehrheit zu erhalten.

Bei den letzten Wahlen 2015 gelang es dank einem gemeinsamen Auftritt der Bürgerlichen, die SP aus der Regierung zu verbannen. Die darauf folgende Fundamentalopposition der Linken führte dank einer knappen bürgerlichen Mehrheit im Landrat häufig ins Leere. Diese gute Ausgangslage für die Wahlen 2019 muss nun genutzt werden. Es ist ganz wichtig, dass alle SVP-Mitglieder und Sympathisanten ihr Wahlrecht ausüben. Unsere Devise lautet deshalb:

1. Wählen Sie
2. Wählen Sie SVP Liste 3
3. Motivieren Sie Freunde, Bekannte, Nachbarn im Kanton ebenfalls vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Linken versuchen zu punkten, indem sie uns immer wieder die Mär von der Steueranpassung zugunsten der hohen Einkommen vorwerfen. Ein Faktencheck zeigt, dass in den vergangenen acht Jahren die beschlossenen Steuerentlastungen vor allem die Familien betrafen. Baselland verfügt heute

« **Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt sind in der nächsten Legislatur eine spezielle Herausforderung.** »

über einen der sozialsten Steuertarife. Im Kanton Baselland zahlen 25 Prozent der Steuerpflichtigen keine Steuern! 33 Prozent aller steuerpflichtigen Personen im Kanton erhalten eine Prämienverbil-

ligung für die Krankenkassenbeiträge. Die Einkommenssteuerkurve entlastet die kleinen Einkommen und belastet die hohen im kantonalen Vergleich überproportional. Die Vermögenssteuern sind im schweizweiten Vergleich im letzten Drittel der höchsten Ansätze!

## Ausgeglichene Rechnung dank der SVP

Wer immer noch behauptet, die bürgerliche Regierung sei durch Steuergeschenke aufgefallen, hat Recht. Aber er müsste auch erwähnen, dass davon die niedrigen Einkommen und die Empfänger von Prämienvergünstigungen profitiert haben. Die Belastung der hohen Einkommen und Vermögen muss in der nächsten Legislatur eine Aufgabe sein, der wir uns widmen müssen. Nachdem es den Bürgerlichen durch konsequentes Handeln gelungen ist, den Kanton aus den roten Zahlen zu führen und dank dem Druck einer SVP-Initiative auch mittelfristig für eine ausgeglichene Staatsrechnung zu sorgen, gilt es

nun, auch auf der Einnahmenseite für eine Beschränkung zu sorgen. Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt sind in der nächsten Legislatur eine spezielle Herausforderung. Dazu kommen die zahlreichen Infrastrukturprojekte, die umgesetzt werden müssen. Auch gilt es die Steuervorlage 17 in trockene Tücher zu bringen.

Die SVP tritt zu den Regierungsratswahlen mit zwei Kandidaten an: Thomas Weber, erfolgreicher Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, der mit seinem grossangelegten Spitalfusionsprojekt mit Basel-Stadt im Landkanton gepunktet hat (Zustimmung von über 66 Prozent), aber leider am Stadtkanton gescheitert ist. Er stellt sich für eine nächste Amtsperiode zur Verfügung. Thomas de Courten, ehemaliges Mitglied des Landrates, Ex-Präsident der SVP-Fraktion im Landrat und seit 2011 Nationalrat, Präsident der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Er kandidiert ebenfalls für die Regierungsratswahlen. Zusammen mit den bürgerlichen Regierungsräten Monica Gschwind (FDP) und Anton Lauber (CVP) streben wir eine weiterhin bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat an. Auch für den Landrat treten wir mit attraktiven Listen an. Die SVP Baselland hat ihren Wahlkampf sorgfältig geplant. Jetzt gilt es, die Wähler zu mobilisieren und die gesetzten Ziele zu erreichen.

von Hanspeter Weibel,  
Präsident der SVP-Sektion  
Bottmingen



# 14 Harmonisierung der Strafrahmen

## Für eine qualifizierte Geschwindigkeitsüberschreitung: Mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe, gleich viel wie bei einer Vergewaltigung!

Die Fehlentwicklungen im schweizerischen Sanktionssystem müssen rasch beseitigt werden. Aber der Ständerat hat die Strafrahmenharmonisierung in einer Subkommission begraben.



**Die Korrektur des Strafrechts ist für die Sicherheit dringend nötig.**

Der Trend zur Kriminalisierung ehrlicher Menschen und zur Verwöhnung schwerer Krimineller wird zweifellos eine historische Entwicklung unserer Zeit bleiben, dominiert von den emotionalen und ideologischen Exzessen, denen der Schweizer Gesetzgeber in den letzten dreissig Jahren stets nachgegeben hat. Dies führte zum übertrieben repressiven Massnahmenpaket Via Sicura für Strassenverkehrsdelikte einerseits und zu Geldstrafen von zehn Franken pro Tag andererseits, über die Kriminaltouristen und Drogendealer nur lachen.

Lange kämpfte die SVP als einzige Partei gegen diesen Missstand. Dies, weil ein ungerechtes und uneinheitliches Strafrecht nicht glaubwürdig ist und daher nicht respektiert wird. Der Antrag der SVP auf ein faires Sanktionssystem, das heisst, dass die vorgesehenen Sanktionen im Verhältnis zu den geschützten Rechtsgütern stehen und auch durchgesetzt werden, um so bei den Strafen nicht vollständig von der Schwere des Verschuldens abzuweichen, wurde schliesslich gehört. Auf Druck der überwiesenen

Vorstösse von Verena Herzog (SVP TG; «Opferschutz stärken. Gerichtlichen Anordnungen mehr Nachachtung verschaffen») und Natalie Rickli (SVP ZH; «Vergewaltigung, Verschärfung von Sanktionen»), legte der Bundesrat dem Parlament letztes Jahr endlich die Botschaft zur Harmonisierung der Strafrahmen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts vor.

### **Strafen dienen auch dazu, die Gesellschaft vor Verbrechern und Gewalttätern zu schützen**

Eigentlich sollten National- und Ständerat die Revision des Strafgesetzbuches in diesem (Wahl-)Jahr behandeln. Deshalb kündigte die SVP im Januar ihre Forderungen an: Härtere Strafen, eine Abschaffung des «Strafabattes» für Wiederholungstäter, eine Verlängerung der maximalen Freiheitsstrafen von heute 20 auf 60 Jahre und härtere Sanktionen bei Drohungen und Gewalt gegen Behörden und Beamte. Zudem fordert die SVP die Einführung von Mindeststrafen für Taten im Bereich der Pädophilie und der Kinderpornographie.

Weil Strafen auch dazu dienen, die

Gesellschaft vor Verbrechern und Gewalttätern zu schützen, ist es für die Sicherheit entscheidend, dass die Justiz einen geeigneten Strafrahmen zur Verfügung hat und diesen bei der Ahndung von Übertretungen, Vergehen und Verbrechen auch ausschöpft. Deshalb ist die Revision des Strafgesetzbuches nicht nur für Juristen von Interesse, sondern sie stellt zusammen mit dem EU-Rahmenabkommen und dem Migrationspakt vielleicht eines der wichtigsten Themen dieser Legislatur dar.

### **Die Reform-Kritiker in der ständerätlichen Subkommission verschleppen das Geschäft bis nach den Wahlen**

Mit Besorgnis stellt die SVP nun aber fest, dass dieses für die Sicherheit unseres Landes zentrale Geschäft zuerst vom links dominierten Ständerat behandelt wird. In der kleinen Kammer herrscht bei diesem Thema noch dieselbe Mentalität vor, die einst das absolut untaugliche Mittel der Geldstrafen hervorgebracht hatte. Damit gab die kleine Kammer den Kantonen nach, die lieber Bussen erheben und so eine zunehmende Unsicherheit in Kauf nehmen, als Gefängnisse zu bauen, die der heutigen Zahl der Kriminellen entsprechen.

Dass die Befürchtungen der SVP gerechtfertigt sind, zeigt das Vorgehen der zuständigen ständerätlichen Kommission: Sie hat eine Subkommission aus den Reform-Kritikern gebildet, die das Geschäft nun verschleppen. Sie wollen nämlich die Arbeit erst im Herbst 2019 aufnehmen – nach den nationalen Wahlen.

von Nationalrat  
Yves Nidegger,  
Genf (GE)



## «Wir sind die einzige Partei, die sich kompromisslos für Freiheit und Sicherheit einsetzt»

Am 27. Oktober 2018 wählten die SVP-Delegierten in Volketswil Emanuel Waeber zum neuen Generalsekretär. Der 61-jährige Freiburger aus St. Antoni trat sein Amt am 1. November an. Emanuel Waeber ist Betriebsökonom und hat verschiedene Stationen in der Privatwirtschaft durchlaufen. Er war unter anderem Vizedirektor von Ernst&Young. Waeber sitzt für die SVP im Freiburger Kantonsparlament, wo er auch der SVP-Fraktion vorsteht. Er ist perfekt zweisprachig, verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder.

*Sie sind nun seit gut drei Monaten im Amt – wie lange bleiben Sie noch?*

(Lacht) Nun, nach Auffassung von Albert Rösti - Präsident der SVP Schweiz - entspricht meine bisherige Arbeit den Erwartungen und so bin ich zuversichtlich, der Partei noch über längere Zeit als Generalsekretär erhalten zu bleiben.

*Scherz beiseite: Wie haben Sie sich eingelebt?*

Es war eine intensive aber gleichzeitig sehr spannende Anfangsphase. Ich habe im Generalsekretariat ein hochmotiviertes und fachlich überaus kompetentes Team vorgefunden.

*Wo liegen in den kommenden Monaten die Herausforderungen?*

Diese sehe ich auf zwei Ebenen. Einerseits besteht das Ziel darin, unsere Bundeshausfraktion unter der Leitung von Nationalrat Thomas Aeschi in ihrer politischen Tätigkeit proaktiv zu unterstützen und in unseren Kernthemen gemeinsam klare Positionen auszuarbeiten. Unsere Wählerinnen und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen wissen, wofür wir einstehen und was ihnen unser Einsatz bringt. Auf der anderen Seite geht es in diesem wichtigen Wahljahr darum, einen detaillierten Zeit- und Aktionsplan mit entsprechenden Meilensteinen umzusetzen. Mit dem Ziel, am 20. Oktober als eindeutiger Schweizermeister auf dem obersten politischen Podest zu stehen.

*Was wollen Sie ändern?*

Nach dem Motto «Wechsle nie ein er-



**«Wir sind gut aufgestellt und machen uns fit für die Wahlen.»**

folgreiches Team aus» sehe ich eher im Kleinen noch Optimierungspotenzial, beispielsweise in einer klaren und verständlichen Zuteilung der Verantwortlichkeiten. Organisatorisch sind wir soweit gut aufgestellt und nun wollen wir uns unter Einbezug der Kantone fit für den Wahl-Herbst machen. Das Generalsekretariat als politische Kampftruppe unserer Partei wird dafür einen ausserordentlichen Einsatz zu leisten haben. Und ich bin überzeugt, dass sich diese Arbeit nicht nur im Hinblick auf die Wahlen lohnen wird. Denn wir sind ja mittlerweile die einzige Partei in unserem Land, die sich kompromisslos für Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit einsetzt.

*Sie haben neben Ihrer Arbeit ein Mandat als Freiburger Grossrat und Fraktionschef inne – ist diese Doppelbelastung verkraftbar?*

Nur dank guter Arbeitsorganisati-

on und einem sehr gut eingespielten Team im Generalsekretariat kann ich diese Belastung verkraften. Als Grossrat sehe ich aber auch, wie sich Beschlüsse von Bundesbern auf die Kantone auswirken und das ist sehr spannend.

*Sie kommen aus dem Kanton Freiburg und sind perfekt bilingue – kümmert sich die SVP nun stärker um die Romandie?*

Ich bin überzeugt, dass die SVP in der Romandie sowie im Tessin am kommenden 20. Oktober sehr gute Wahlergebnisse erreichen wird. Eines meiner ersten Ziele wird darin bestehen, die verschiedenen Exponenten innerhalb der Kantonalparteien an einen Tisch zu bringen. Es geht darum, Lösungen auszuarbeiten, damit wieder die Partei- und nicht die Einzelziele in den Vordergrund gestellt werden. Es ist wichtig, dass wir unseren Parteifreunden in der lateinischen Schweiz gut zuhören, verstehen wo sie der Schuh drückt, um dann gezielt konkrete Massnahmen auszuarbeiten und umzusetzen.

*Als Generalsekretär haben Sie einen randvollen Terminkalender – was machen sie zum Ausgleich?*

Als Ausgleich treibe ich regelmässig Sport. Im Winter ist das Langlauf und Skifahren, im Sommer gehe ich joggen. Auch besuche ich gerne kulturelle Veranstaltungen. Das gibt mir die Möglichkeit, abzuschalten, die Arbeit zu reflektieren und den Kopf durchzulüften.

## Motiviert für die Schweiz einstehen

Das neue Parteiprogramm ist verabschiedet: Am 26. Januar hiessen die SVP-Delegierten das Programm «für eine freie und sichere Schweiz» einstimmig gut.



Die Delegierten sagten in Gossau einstimmig Ja zum neuen Parteiprogramm.

Die erste Delegiertenversammlung der SVP im Wahljahr 2019 war ein Erfolg: Über 540 Delegierte und Gäste fanden sich am 26. Januar im Fürstenlandsaal in Gossau ein, um über das neue Parteiprogramm zu befinden und die Abstimmungsparole zur - mittlerweile auch dank der SVP an der Urne gebodigten - Zersiedelungsinitiative zu fassen.

Das Parteiprogramm, das in den kommenden vier Jahren die Grundlage der SVP-Politik bildet, fand grosse Zustimmung bei den Delegierten: Nachdem sie über gut drei Dutzend Änderungsanträge befunden hatten, stimmten sie dem neuen Programm «für eine freie und sichere Schweiz» einstimmig zu. Das Programm liegt Ende März in gedruckter Form vor.

### «Diese Schweiz ist nicht selbstverständlich»

In dem rund 260 Ziele, Forderungen und Bekenntnisse umfassenden Papier ist neben den Werten Freiheit und Sicherheit, die Heimat, die Begrenzung der Zuwanderung und das

Verhältnis zur EU zentral. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung des Mittelstandes, etwa indem die SVP für tiefere Steuern eintritt. «Heimat ist Verbundenheit. Heimat ist Vertrautheit. Heimat ist das, was wir vermissen, wenn wir auswärts sind», sagte Peter Keller, Programm-Chef und Nidwaldner Nationalrat. Die einen würden den Schweizer Dialekt vermissen, die anderen das frische Trinkwasser, das knusprige Brot oder den Cervelat. «Wir tragen alle unser Stück Heimat in uns – und alle diese Stücke zusammen ergeben unsere gemeinsame, übergeordnete Heimat: die Schweiz.» Diese Schweiz sei nicht selbstverständlich, jede Generation müsse dieses Geschenk neu verdienen: «Indem wir Sorge tragen zur Schweiz. Indem wir vorbehaltlos einstehen für die Schweiz. Indem wir die Heimat wahren und weitergeben. Dafür steht die SVP und dafür steht unser neues Parteiprogramm: Einsatz für die Schweiz!»

Auch die anderen Rednerinnen und Redner riefen zum Engagement für

die Heimat auf. So der Aargauer Nationalrat Andreas Glarner, der eine Zuwanderung mit Mass forderte, oder der Zürcher Nationalrat Roger Köppl, der eindringlich davor warnte, das Rahmenabkommen mit der EU zu unterzeichnen, weil es sich um einen Vertrag der Unterwerfung, der bedingungslosen Anketzung handle. Parteipräsident Albert Rösti stimmte die Delegierten bereits auf die nationalen Wahlen vom 20. Oktober ein: «Mit dem Slogan: "Frei und sicher – ich will's, ich wähl's", kämpfen wir hochmotiviert für unser wunderbares Land und für unsere Heimat.»

Für den reibungslosen Ablauf der Versammlung sorgten hinter den Kulissen Andreas Oberholzer, Präsident der SVP-Sektion Gossau-Arnegg, und sein OK bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantonalpartei und verschiedener Ortssektionen. Ihnen ist es zu verdanken, dass sich die Besucherinnen und Besucher nicht nur willkommen, sondern schon ein bisschen daheim fühlten.